

Mehr Einsatz für Klimaschutz gefordert Treibhauseffekt erhöhe Umweltkatastrophen/Tropenkrankheiten auf dem Vormarsch

Buenos Aires - Mehrere große Umweltschutzorganisationen, darunter Greenpeace und der World Wide Fund for Nature (WWF), haben die Industrieländer zu einem mutigeren Vorgehen im Kampf gegen den Treibhauseffekt aufgefordert. Auf der 4. UN-Klimakonferenz in Buenos Aires haben die Organisationen zum Schutz des Erdklimas einen Forderungskatalog vorgelegt, in dem sie Sanktionen für die Länder fordern, die die international vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen nicht umsetzen. Die Glaubwürdigkeit von Vereinbarungen zum Klimaschutz sei höher, „wenn ein Land, das seine Ziele nicht erreicht, ernsthafte Konsequenzen ertragen müßte“, heißt es in dem Forderungskatalog.

Nach dem Protokoll von Kyoto 1997 müssen die Industrieländer in den Jahren 2008 bis 2012 den Ausstoß von Kohlendioxid und anderer Treibhausgase um 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 senken. Das Protokoll wurde von 59 Staaten unterzeichnet, aber erst von den Fidschi-Inseln ratifiziert, die sich bei einem möglichen Anstieg des Meeresspiegels durch den Treibhauseffekt in ihrer Existenz bedroht sehen.

Der US-Amerikaner Richard Somerville von der University of California in San Diego sagte in diesem Zusammenhang am Mittwoch, dass die Verwüstungen des Hurrican „Mitch“ ein „Vorgeschmack“ auf die Auswirkungen der weltweiten Temperaturanstiegs seien. Wissenschaftler machten am Donnerstag auch auf weitere dramatische Folgen der Erderwärmung aufmerksam. Bereits ausgestorben geglaubte Seuchen könnten wieder aufleben. Tropenkrankheiten wie Malaria und das Dengue-Fieber seien in Argentinien und Kanada bereits wieder auf dem Vormarsch,

erklärten Wissenschaftler der beiden Länder.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis90/Grüne) beurteilte die Chancen des Gipfels in Buenos Aires „eher skeptisch“. Schon die Vereinbarung eines festen Arbeitsplans für das weitere Vorgehen wäre ein Fortschritt, dämpfte Trittin die Erwartungen. Als Hauptziel nannte der Grünen-Politiker erneut Obergrenzen für den Einsatz der in Kyoto vereinbarten „flexiblen Instrumente“ zur Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen.

Dabei geht es um den Handel mit Emissionsrechten und um die Möglichkeit für Industriestaaten, Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen auch kostengünstiger im Ausland nachzukommen (Joint Implementation) und um auf die Reduktionsverpflichtungen anrechenbare Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanism). „Reduktionsverpflichtungen müssen vorrangig im eigenen Land erfüllt werden“, verlangte Trittin. Als Mindestforderung nannte er einen Anteil von 50 Prozent.

Einig ist er sich dabei mit Klaus Töpfer. Der Leiter des UN-Umweltprogrammes (UNEP) in Nairobi zeigte sich im Gegensatz zu Trittin auf der Konferenz allerdings optimistisch, dass die Delegierten in Buenos Aires einen konkreten Aktions- und Zeitplan für das Kyoto-Protokoll ausarbeiten werden. Jedoch werde das Ergebnis von Buenos Aires nicht so spektakulär ausfallen wie der Rahmenvertrag von Kyoto.

Die Vertreter von 163 Ländern diskutieren noch bis zum 13. November auf dem Ausstellungsgelände an der Avenida del Libertador.

Benetton

Modezar hat Steuerschulden

Die argentinische Justiz hat ein Anwesen des italienischen Modezaren Luciano Benetton im Süden des Landes wegen Steuerschulden konfisziert. Wie mehrere Medien am Mittwoch berichteten, handelt es sich um 43.000 Hektar in der Nähe von Epuyen in der Provinz Chubut.

Seit Anfang des Jahres seien 17.000 Pesos aufgelaufen, hiess es in den Medienberichten. Auch in der Ortschaft El Maiten läuft gegen das Modeunternehmen eine Klage wegen Steuerschulden.

Das italienische Modehaus Benetton ist mit 837.000 Hektar einer der grössten Landbesitzer Argentiniens. Auf den Farmen in Patagonien werden vor allem Schafe gezüchtet. Sie liefern die Wolle für die weltweit vertriebenen Benetton-Kollektionen.

Aus dem Hause Benetton gab es zu den Vorfällen und zu den angeblichen Steuerschulden keine Stellungnahme.

Wer hat Angst vor dem Gesetz? Illegale Waffenverkäufe: Menem will gegen Bundesstaatsanwalt Stornelli ermitteln

Die Regierung ist am Dienstag mit der Bitte an die Generalstaatsanwaltschaft herantreten, gegen Bundesstaatsanwalt Carlos Stornelli zu ermitteln. Stornelli untersucht die illegalen Waffenverkäufe an Kroatien und Ecuador. Im Auftrag von Präsident Menem hatte Justizminister Raúl Granillo Ocampo vor der Generalstaatsanwaltschaft den Untersuchungsrichter Stornelli beschuldigt, mit seinen Ermittlungen „politische Ziele“ zu verfolgen. Dass nun gegen den eigentlichen Ermittler ebenfalls ermittelt werden soll, ist nicht ohne politische Brisanz und zeugt von einer gewissen Nervosität in der Regierungsspitze. Stornellis Ermittlungen über die illegalen Waffenverkäufe an Ecuador und Kroatien, die zur Zeit der Lieferungen beide mit einem Embargo der Vereinten Nationen belegt waren, lassen verschiedene Vertrauenspersonen von Präsident Menem in einem äusserst schiefen Licht erscheinen. So soll Ar-

beitsminister Antonio Erman González als damaliger Verteidigungsminister drei Dekrete unterschrieben haben, durch die die Waffenlieferungen abgesegnet worden sind.

Stornelli wirft Armeechef Martín Balza vor, Mitglied einer „kriminellen Organisation“ zu sein. Selbst Justizminister Granillo Ocampo scheint das präsidiale Vorpellen in der Sache nicht ganz geheuer zu sein. Wie verlautete, soll er Menems Begehren nur widerwillig aufgenommen und weitergeleitet haben. Angesprochen darauf erklärte Granillo Ocampo: „Wir alle wissen, dass der Präsident ein sehr impulsiver Mensch ist.“ Aus Menems Umfeld war zu hören, dass der Präsident versuche, das Ansehen seiner von Stornelli angeschuldigten Vertrauensleute, wieder herzustellen. Bundesstaatsanwalt Stornelli erhielt derweil die Unterstützung von 19 seiner 24 Kollegen. Generalstaatsanwalt Nicolás Becerra si-

cherte Stornelli nach dem Treffen der 24 Bundesstaatsanwälte seine volle Unterstützung bei den Ermittlungen zu.

Menems Versuch, dem unbequemen Ermittler einen Maulkorb zu verpassen wurde vor allem von Eduardo Duhalde scharf kritisiert. „Der Präsident soll auf keinen Fall in die Ermittlungen eines Staatsanwaltes eingreifen“, liess Duhalde verlauten und warnte mit erhobenen Zeigefinger, Menem müsse in dieser Sache „sehr vorsichtig sein.“ Und als ob der Kritik an Menems eigenwilligem Versuch, die Arbeit der Staatsanwaltschaft zu beeinflussen, nicht schon genug wäre, hat auch noch Menems Ex-Frau Zulema Yoma angekündigt, sie werde bei Stornelli vorsprechen, um über die illegalen Waffenverkäufe auszusagen. Das dürfte kaum zu Menems Beruhigung beitragen: Die Ex-First-Lady könnte in Olivos Details zu den Waffengeschäften mitbekommen haben.

Kandidatengerangel in der Allianz

Seit die oppositionelle Allianz der Radikalen und Frepaso-Politiker im August 1997 gebildet wurde und die Kongresswahlen vom 26. Oktober gewann, haben sich die massgebenden Politiker dieses parteipolitischen Gebildes hauptsächlich um Kandidaturen gekümmert. Selbstverständlich verneinten sie dies hoch und heilig, indem sie damals behaupteten, über Kandidaturen würde viel später verhandelt werden. Vorerst ginge es um gemeinsame Regierungsprogramme. Ein solches Programm wurde vor einigen Wochen in groben Zügen als „Brief an die Argentinier“ vorgestellt, während sich die Allianzpolitiker pausenlos um die Kandidaturen für die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen bemühten. In der Presse sickerten die Positionen durch, die ein ständiges Gerangel über die Spitzenämter zur Schau stellten.

Inzwischen haben die fünf massgebenden Allianzpolitiker Raúl Alfonsín, Fernando de la Rúa und Rodolfo Terragno für die UCR sowie Carlos „Chacho“ Alvarez und Graciela Fernández Meijide für den Frepaso in der Vorwoche ihr Einvernehmen über diese Spitzenkandidaturen bekanntgegeben. Sie signalisierten damit, dass die Allianz entgegen wiederholten Lesarten weiterhin am Leben ist und sich anschickt, den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1999 aufzunehmen.

Auf Betreiben von Alvarez und Fernández Meijide wurde die Vereinbarung fallengelassen, nach der die parteiinternen Wahlen vom 29. November sowohl den Kandidaten für die Präsidentschaft als auch denjenigen für die Vizepräsidentschaft namens der Allianz nominieren wird. Die Frepaso-Politiker haben ihr vor Jahresfrist gegebenes Wort in diesem Sinne nicht eingelöst, indem sie durchsetzten, dass nur der Kandidat für die Präsidentschaft der Allianz gekürt werden wird.

Für die Vizepräsidentschaft erklärte sich Fernando de la Rúa im Sinne des damals gegebenen Wortes bereit, die Kandidatur für die Vizepräsidentschaft mit Graciela Fernández Meijide als Präsidentschaftskandidatin anzutreten, sollte letztere die parteiinterne Wahl vom 29. November gewinnen. Bisherige Umfragen erteilen freilich de la Rúa einen Vorsprung, doch muss abgewartet werden, wieviele Wechselwähler, die keiner Partei angehören, sich am Wahltag freiwillig melden und wie sie ihre Stimmen verteilen. Davon hängt das Wahlergebnis ab.

Im Sinne der Vorstellungen beider Frepaso-Politiker Alvarez und Fernández Meijide stimmten die Radikalen zu, dass im Fall eines Sieges von de la Rúa die unterlegene Kandidatin Fernández Meijide mehrere Optionen offen hat. Sie kann, wie seinerzeit abgemacht, die Kandidatur für die Vizepräsidentschaft trotz gegenteiliger Lesarten antreten oder auf die Kandidatur für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires reflektieren oder auch Fraktionsvorsitzende werden.

Die jüngste Kandidatenregelung besagt nämlich, dass die siegreiche Partei nicht nur den Präsidentschaftskandidaten stellt, sondern je nach dem Ausgang der allgemeinen Wahlen vom Oktober 1999 auch den Vorsitzenden der Deputiertenkammer nominiert, wozu freilich die Allianz stärkste Fraktion in der Kammer sein müsste, damit sie den Justizialisten Alberto Pierrri aus der Provinz Buenos Aires ablöst. Pierrri übt das Amt seit neun Jahren aus, weil die Justizialisten seither erste Minderheitsfraktion sind, und dürften bis Ende 1999 bleiben.

Die unterlegene Partei darf nach der Abmachung die Kandidaten für den Regierungschef der Bundeshauptstadt (gegenwärtig de la Rúa), den Gouverneur der Provinz Buenos Aires (jetzt Eduardo Duhalde) und den Fraktionsvorsitzenden der Allianz in der Deputiertenkammer nominieren. Diese Verteilung der Kandidaturen soll offenbar für ein Gleichgewicht beider Parteien in der Allianz sorgen, wie es auch in der Vereinbarung zum Ausdruck kommt, dass die Listen für die Wahlen der Nationaldeputierten der Bundeshaupt-

stadt und der Provinz Buenos Aires paritätisch von beiden Parteien (UCR und Frepaso) besetzt werden sollen.

Über die Kandidaten in anderen Provinzen wurde keine Vereinbarung getroffen. Das beweist eindeutig, wie sehr die Allianz eine Parteikoalition der Bundeshauptstadt und der Provinz Buenos Aires ist, im herkömmlichen Sinn echte „porteños“, das heisst zur Hafengestadt zugehörig. Bevor die Stadt 1880 Kapitale wurde, waren die Einwohner der Stadt und der Provinz „porteños“. Heute sind es nur diejenigen der Stadt, wogegen sie in der Provinz „bonaerenses“ genannt werden. Die Allianz findet mit ihrer Schwerkraft in dieser Gegend zur alten politischen Tradition zurück.

Alvarez pflegte seit Monaten das Argument vorzutragen, dass eine aus de la Rúa und Fernández Meijide bestehende Formel, gleich in welcher Reihenordnung, zu sehr auf Stadt und Provinz Buenos Aires zugeschnitten sei, weshalb der Kandidat für die Vizepräsidentschaft aus dem Landesinneren stammen müsse. Wer das im Fall einer Präsidentschaftskandidatur von de la Rúa sein mag, ist ein streng gehütetes Geheimnis, muss es sich doch laut Alvarez um eine landesweit bekannte Person handeln. Als „porteño“ hat sich Alvarez mit dieser Kennzeichnung selber als Kandidat für die Vizepräsidentschaft ausgeschlossen.

Für ihn als Macher der Allianz bleibt das Wahlamt des Regierungschefs der Bundeshauptstadt offen, sowie je nach dem Ausgang der parteiinternen Wahlen die Präsidentschaft der Deputiertenkammer, der Vorsitz der Fraktion oder gar der Kabinettschef, sollte die Allianz die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Auf jeden Fall steht es dem gewählten Landespräsidenten der Allianz zu, sein Kabinett zu ernennen, wobei ihm laut jüngster Abmachung unterstellt wird, dass er seine Allianzpartner auch berücksichtigen wird. Der siegreiche Präsident dürfte am 10. Dezember 1999 zumindest den Kabinettschef und die Minister des Inneren und Äusseren sowie der Wirtschaft ernennen, die seine Vertrauensleute sein müssten.

Gerade in diesem Zusammenhang hat de la Rúa in der Vorwoche überraschenderweise den namhaften Volkswirtschaftler Ricardo López Murphy als seinen möglichen Wirtschaftsminister erwähnt, wobei sein Vertrauter Adalberto Rodríguez Giavarini möglicherweise als Aussenminister in Frage käme und die bekannte Expertin Beatriz Nofal sich um die Beziehungen zum Mercosur kümmern solle. López Murphy ist Parteimitglied und Sohn eines Parteiführers, der in den sechziger Jahren Polizeipräsident in der Provinz Buenos Aires war.

Die Erwähnung von López Murphy hat die erwartete Reaktion von Graciela Fernández Meijide bewirkt, die ihn als schlimmer denn die Regierungswirtschaftler (gemeint waren Minister Roque Fernández und seine Mitarbeiter) kennzeichnete. Die Kandidatin befürwortet bekanntlich José Luis Machinea als ihren Wirtschaftsminister. Dass de la Rúa sich jetzt schon für López Murphy entschied, zeigt ihn von der Seite eines soliden Wirtschaftspolitikers, der für die errungene Stabilität mit Fiskaldisziplin, Privatisierungen, Deregulierung und Wirtschaftsöffnung gerade steht. Offenbar hegt Fernández Meijide andere Absichten, so dass die Partei- und Wechselwähler am 29. November hierüber entscheiden werden, ob der Stabilität mit de la Rúa und López Murphy oder einer anderen Variante unbekannter Grössenordnung Vorzug gegeben werden soll.

Das Kandidatengerangel an der Spitze der Allianz ist somit abgeschlossen. Die Parteien, die die Allianz bilden, dürfen am 29. November ihren Kandidaten für die Präsidentschaft und vielleicht auch für die Vizepräsidentschaft mit ihren Stimmen küren. Die übrigen Kandidaten werden von der Parteispitze nach der vereinbarten Regel designiert. In allen anderen Provinzen entscheiden die dortigen Parteigrössen, wie die jeweiligen Kandidaten zu nominieren sind, ob kraft parteiinterner Wahlen oder, wie es im politischen Jargon bildlich heisst, mit dem Zeigefinger („a dedo“).

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Menemisten an die Front

Die Fraktion Menem Conducción in der Provinz Buenos Aires hat eine Veranstaltung zur Unterstützung der Wiederwahl des Präsidenten angekündigt und die Aufnahme eines militanten Peronisten, des Abgeordneten Fernando Galmarini in die Gruppe bekanntgegeben. Die Veranstaltung der bonaerenser Menemisten ist für den 17. November im Nordpark angesagt, das Datum der Rückkehr Juan Peróns aus dem Exil.

Bonaerenser Polemik

In bonaerenser Gefilden hat ein geharnischter Schlagabtausch zwischen den Präsidentschaftskandidaten für den Gouverneurssitz begonnen. In dessen Rahmen hat der Bürgermeister von Merlo, Raúl Othacehé, der auch Vize des bonaerenser PJ ist, seinen Rivalen Luis Patti wegen seines Vorschlages „hart durchzugreifen“ scharf angegriffen. Patti sei ein „falscher Prophet“, der „Sicherheit mittels der Zulassung von Massnahmen, die das Gesetz verletzen, einführen will“ und „zu verstehen gibt,

dass illegale Methoden wie Zwang, Picana und Kapuze positiv sind“, versicherte Othacehé.

Ehrengericht

Der Vorsitzende des Provinzkomitees der UCR, Enrique „Japones“ García, hat angekündigt, dass sich die Gemeinderäte seiner Partei, die den Verbleib des justizialistischen Bürgermeisters von Morón Juan Carlos Rousselot unterstützten, einem Ehrengericht stellen müssen. Rousselot werden, wie auch schon bei anderen Gelegenheiten, Korruptionshandlungen vorgeworfen. García tritt dafür ein, dass das Verhalten der Gemeinderäte in den Augen der Bürger nicht ungesühnt bleibt.

Wiederwahl in Chubut

Der radikale Gouverneur von Chubut, Carlos Maestro, hat neuerlich mittels einer Bürgerinitiative, die in der Provinzlegislative präsentiert werden soll, sein Wiederwahlprojekt aufgegriffen. Maestro hatte am 10. August erst in einer emotionell aufgeladenen Rede auf die Möglichkeit verzichtet. Jetzt aber soll durch Druck von unten der Weg

zu einer Wiederwahl geöffnet werden.

Neutraler Busti

Der Gouverneur von Entre Ríos, Jorge Busti, ist vor Journalisten einer Stellungnahme über die Präsidentschaftskandidaten des Justizialismus, Eduardo Duhalde und Ramón Ortega, ausgewichen. Erst nach der Internwahl in seiner Provinz, die am 6. Dezember stattfindet, will sich Busti dazu äussern. Er habe gute Beziehungen zu beiden und nach dem 6. Dezember werde man die Kandidaten zu einer Versammlung in der Provinz einladen, in deren Rahmen man eine Entscheidung treffen werde.

Seltsames beim PAMI

Das nächste Ziel im Fadenkreuz der Allianz in der PAMI-Affäre ist die Ex-Chefin der PAMI-Filiale in La Rioja, Cristina Palomeque, einer ehemaligen Beamtin mit engen Beziehungen zur Familie Menem. Eine Strafanzeige veranlasste im Februar ihre unmittelbare Amtsenthaltung. Jetzt aber wurde sie mit einer Entschädigung von 60.000

Pesos entlassen, obwohl nachgewiesen wurde, dass sie an der Umleitung von Subventionen für Behinderte beteiligt war. Die Gelder landeten bei der Stiftung FURSA, deren Präsidentin Palomeque ist. Als drei Abgeordnete und ein Senator von der Allianz nähere Informationen von der PAMI-Filiale in La Rioja haben wollten, wurden ihnen diese verweigert. Die drei Legislativeangehörigen haben Anzeige bei der Justiz erstattet.

Kampf dem Terrorismus

Innenminister Carlos Corach hat bestätigt, dass am Montag, dem 23 und Dienstag, dem 24. November, in Mar del Plata die II. Interamerikanische Konferenz des Kampfes gegen den Terrorismus stattfinden wird. Es gehe dabei für die Staaten des Kontinents darum, sich der Herausforderung der Globalisierung zu stellen, versicherte Corach am Dienstag. Keinesfalls werde an die Bildung einer multinationalen Streitmacht gedacht und ebensowenig an einen Einsatz gegen Guerrillabewegungen.

General Guthrie äussert sich zu den Malwinen

Widersprüchliches zur britischen Militärpräsenz im Südatlantik

Der Chef des Verteidigungsgeneralstabs von Grossbritannien, General Charles Guthrie, der am Dienstag zu einem viertägigen Besuch nach Argentinien gekommen war, hat am Mittwoch zugegeben, dass das grosse Kontingent britischer Soldaten auf den Malwinen nicht zu rechtfertigen sei. Guthrie versicherte jedoch, eine Reduzierung der Zahl sei etwas, was die Regierungen zusammen mit den Inselbewohnern vereinbaren müssten. Am Abend des gleichen Tages aber verbreitete die britische Botschaft in Buenos Aires ein Kommuniké, in dem unterstrichen wurde, „Sir Charles verneint rundweg die Möglichkeit, dass irgendeine seiner Äusserungen vor der Presse den Eindruck erwecken könnte, er glaube, die Zahl der Soldaten auf den Malwinen sei unverantwortlich hoch“. Der General seinerseits hatte versichert, dass die Streitkräfte beider Länder „die Möglichkeit grösserer Anstrengungen in der Zusammenarbeit im Südatlantik prüfen“. Auf die Frage, wie die von Menem hinsichtlich der Souveränität über die Malwinen vertretene Auffassung in den Streitkräften seines Landes aufgefasst worden sei, antwortete Guthrie: „Wir glauben, dass die Art und Weise, in der Menem und Blair dieses Thema behandelten, die positivste war. Wir, die britischen Streitkräfte, streben die bestmögliche Beziehung zu Argentinien an.“ Der britische Militär zeigte sich von seinem Besuch in Argentinien angetan und versicherte, sein Besuch sei die Fortsetzung der Reise, die Präsident Carlos Menem in der vergangenen Woche nach London unternommen habe. Gleichzeitig äusserte General Guthrie grosse Zufriedenheit darüber, dass Argentinien zum Nichtständigen-Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gewählt worden sei.

Duhalde auf Partnersuche in Santa Fe

Gouverneur will Achse Buenos Aires-Santa Fe stärken

Auf seinem langen Weg in die Casa Rosada sieht sich der Gouverneur von Buenos Aires und PJ-Vorkandidat für die Präsidentschaftswahlen 1999, Eduardo Duhalde, nach einem Formelpartner um. Diese Woche weilte er zwecks Sondierungsgesprächen in der Provinz Santa Fe. Ohne falsche Bescheidenheit liess Duhalde in Rosario und Santa Fe verlauten er „suche einen Vizepräsidenten aus Santa Fe“. Duhalde wandte sich dabei direkt an Jorge Obeid als möglichen Formelpartner, falls er sich in den PJ-Internwahlen vom 11. April kommenden Jahres gegen Ramón „Palito“ Ortega und andere Kandidaten durchsetze.

Gegenüber den Medienvertretern erklärte Duhalde, „die Provinz Santa Fe ist für uns von einer ebensolchen Schlüsselbedeutung wie es Córdoba für die Allianz ist“.

Duhaldes Absicht ist es, früher oder später auch Carlos Reutemann wieder in seiner Mannschaft zu haben. Der frühere Formel-1-Pilot erklärt allerdings schon seit Monaten, er wolle auf keinen Fall die „Nummer zwei“ sein. Ein mögliches Szenario wäre, dass Obeid an Duhalde Seite in den Wahlkampf geht und Reutemann sich für den Gouverneursposten in Santa Fe bewirbt, ein wahltaktisch kluges Manöver, denn sowohl Obeid wie auch Reutemann sind, obwohl sie in vielen Sachfragen unterschiedliche Auffassungen vertreten, in Santa Fe äusserst populär und könnten dem PJ und damit Duhalde wichtige Stimmen sichern.

Duhalde liess anlässlich seines Abstechers nach Santa Fe verlauten, dass es die Möglichkeit gebe, dass sein Kampagnestart Ende November im Fussballstadion von Newell's Old Boys in Rosario stattfinden.

Er werde in Santa Fe „Dorf für Dorf besuchen“ um Wählerstimmen zu gewinnen, sagte Duhalde ausserdem.

„Schlacht“ im Senat geht weiter

Antonio Cafieros Meinung / García Arechas ironische Antwort

Inmitten der im Senat entfachten Kontroversen rund um die Absicht der Regierungspartei, zwei Sitze für sich zu besetzen, die von der Opposition als ihr gehörig bezeichnet werden, hat jetzt der Senator Antonio Cafiero ein neues Argument in die Diskussion gebracht. Cafiero verteidigte die vom PJ verfolgte Strategie damit, dass das „verfassungsmässige und juristische Vakuum“ in diesem Zusammenhang verschiedene Lesarten zulasse.

„Die Formen zur Designierung der Legislaturen weisen diese Lücken auf“, stellte Cafiero hinsichtlich der Nominierung von Hugo Sager für den Chaco und Rubén Pruyas für Corrientes fest, deren Eintritt in den Senat von der PJ-Senatsfraktion gegen die Auffassung der Allianz und einiger Provinzparteien betrieben wird.

Der Radikale José María García Arecha - der mit Cafiero in Radio Continental bei einem Streitgespräch als Gast eingeladen war - nahm die Äusserungen des Senators mit Ironie auf indem er daran erinnerte, dass „die Erklärung der Quadratur des Kreises im politischen Leben

Argentiniens ein sehr altes Thema“ sei. Gleichzeitig jedoch beklagte er die willkürliche Einführung von Regeln durch die Regierungspartei. Ausserdem aber stellte García Arecha die rhetorische Frage: „Es gibt da zwei Provinzen, in denen sich für mich eine Frage stellt; wo kommt die Befugnis dafür her, dass die Mehrheit einen Senator stellt und die Minderheit zwei?“ Die Opposition wirft dem PJ vor, Sager und Pruyas zu Senatoren bis zum Jahr 2001 machen zu wollen, um derart, auf illegale Weise, ihre heutige Mehrheit weiter zu behalten.

Unterdessen hat die Cámara Nacional Electoral (Landeswahlgericht) die Designierung von Tomás Rubén Pruyas zum Senator für den Sitz, den am 10. Dezember der Liberale Juan Aguirre Lanari abgibt, widerrufen. Die Entscheidung erfolgte auf Grund eines Einspruchs der Liberalen in Corrientes gegen Pruyas, die argumentierten, der peronistische Kandidat sei unter Verletzung der Statuten seiner eigenen Partei gewählt worden.

Der Senator Jorge Yoma kündigte daraufhin an, seine Fraktion werde diesen Beschluss nicht berücksichtigen und auf ihrer Entscheidung beharren. „Von einer vom Radikalismus abhängigen Kammer war eine andere Resolution nicht zu erwarten“, erklärte Yoma, räumte jedoch ein, der Justizialismus in Corrientes werde gegen die Resolution der Kammer beim Obersten Gerichtshof appellieren.

Damit scheint die Fortsetzung der „Schlacht“ vorgezeichnet, denn auch die Opposition hat Schritte angekündigt.

Kriegsverbrecherin ausgeliefert

Die Ehefrau des Ex-Konzentrationslagerkommandanten Dinko Sakic, Nada Luburic de Sakic, wurde am Sonntag an Kroatien ausgeliefert, wo sie sich wegen Kriegsverbrechen vor einem kroatischen Gericht verantworten muss. Von mehreren Bundespolizisten bewacht wurde die Frau von Dolores nach dem internationalen Flughafen in Ezeiza transportiert, wo sie kroatischen Beamten übergeben wurde, unter denen auch eine Ärztin war. In einen besonderen Sektor des Flughafens fand die Übergabe statt. Unmittelbar danach ging Nada Luburic mit ihren kroatischen Bewachern an Bord einer Lufthansamaschine nach Frankfurt, von wo sie in einem anderen Flugzeug nach Zagreb gebracht wurde. Bundesrichter Hernán Bernasconi, der die Prozedur der Auslieferungsverfahren unter sich hatte, erklärte danach, es sei wahrscheinlich die bedeutendste Auslieferung, die je in Argentinien vonstatten gegangen sei. Die 72jährige war seinerzeit die Verantwortliche in Stara Gradiska, dem Frauensektor des südöstlich von Zagreb gelegenen Konzentrationslagers von Jasenovac, in dem rund 600.000 Menschen umkamen. Die Ehefrau des Kommandanten von Jasenovac, Dinko Sakic, steht unter dem Verdacht, in dem Frauenlager zwischen 1942 und 1945 an Folterungen von Frauen beteiligt gewesen zu sein. Sie war im Juli im Badeort Santa Teresita festgenommen und nach einem Verhör unter Hausarrest gestellt worden. Nada Sakic bestreitet die Vorwürfe, legte aber andererseits keine Rechtsmittel gegen die Auslieferung ein. Ihr vier Jahre älterer Mann Dinko Sakic war am 17. Juni von Argentinien an die kroatische Justiz überstellt worden. Sakic hat zugegeben, von 1942 bis 1944 Leiter des berüchtigten Konzentrationslagers Jasenovac gewesen zu sein. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum schätzt, daß in dem Konzentrationslager eine halbe Million Menschen, grösstenteils Serben, ermordet wurden.

SERVICIOS
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN

Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPA

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1602) Florida
Pcia. de Buenos Aires-Argentina. Tel.: 730-0011-Fax: 730-0800

Politische Prozesse liegen auf Eis

Verschleppung der Verfahren in der Abgeordnetenkommission

Guillermo Tiscornia und Jorge Pisarencio sind Handelsstrafrichter, Norberto Oyarbide ist ein Bundesrichter. Sie haben gemeinsam, dass ihre politischen Prozesse in der entsprechenden Abgeordnetenkommission bereits beschlossene Sache sind. Doch hängt ihr weiteres Schicksal vom Kalender ab. Dies bedeutet, dass wenn die drei Gutachten der Kommission nicht vor dem 17. November von zwei Dritteln der Kammer verabschiedet werden, die drei Verfahren hinfällig sind. An diesem Tag nämlich nehmen der Richterrat und dessen Jury Gestalt an. Diese Jury wird dann in Zukunft für das Verhalten der Richter und deren Amtsausübung zuständig sein. Allerdings wird das erst im März möglich sein, weil sowohl Rat als auch die Beurteilungsjury erst ihre Geschäftsordnung festlegen müssen.

Eine unmittelbare Sondersitzung zur Debatte der drei vorliegenden Fälle und ebenso der Ablehnung von rund 100 politischen Prozessen, die von Privatleuten gegen Richter gefordert wurden, wäre der Ausweg. Das glaubt zumindest der Kommissionsvorsitzende César Arias.

Tiscornia werden rund 20 Verstöße in der Abwicklung von ver-

schiedenen Verfahren vorgeworfen, darunter der Fall der „Gold-Mafia“.

Gegen Pisarencio besteht nur ein Vorwurf, nämlich die Art und Weise, in der er einen Schatz von Goldmünzen an eine Drittperson aushändigte, dem er nicht gehörte. Oyarbide hingegen, Mittelpunkt eines Skandals im Zusammenhang mit seinen Beziehungen zu männlichen Prostituierten, wird Verstoss gegen die Berufsethik, Unterlassung der Anzeige einer strafbaren Handlung entgegen seiner Amtspflichten, Unregelmässigkeiten in seinem Privatleben und der Strafbestand der gefährlichen Drohung vorgeworfen. Allen drei wird Verletzung der Amtspflichten und dringender Verdacht der Begehung von Straftaten vorgeworfen.

Würden die Abgeordneten ihrer Verpflichtung nachkommen, die politischen Prozesse zu verabschieden, müsste am Ende der Senat über die Amtsenthebung jedes einzelnen entscheiden. Der aber ist in heftige interne Grabenkämpfe verwickelt, da der PJ in dem Gremium eine Politik der irregulären Aufnahme von Mitgliedern verfolgt.

Frepaso alarmiert über Subventionen

Angewandte Unregelmässigkeiten beim „Plan Trabajar“

Drei Wochen vor der offenen Internwahl der Allianz haben Graciela Fernández Meijide und Juan Pablo Cafiero darauf aufmerksam gemacht, dass ein für das Arbeitsbeschaffungsprogramm „Trabajar II“ vorgesehener Betrag von rund 80 Millionen Pesos die Empfänger, mehr als 225.000 in Armut lebenden Arbeitslose, nicht erreichte. Von diesen Zahlen ausgehend glauben die Frepaso-Abgeordneten, dass diese Mittel in

die Finanzierung der Regierungspartei geflossen sind.

Die Durchführung der „Trabajar“-Programme untersteht dem Sekretariat für Sozialentwicklung, das im vergangenen Jahr von Eduardo Amadeo geleitet wurde, dessen Amt im April Ramón „Palito“ Ortega übernahm. Gemäss Cafiero, der die Untersuchung einleitete, haben von 170 Fällen in der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires nur 18,2 Prozent die ih-

nen zugewiesenen Aufgaben erfüllt und erhielten Subventionen in Höhe von 200 Pesos für ihre Arbeit.

Der Rest umfasst Personen, die zwar in den Listen des Plans „Trabajar“ registriert sind, deren Adressen jedoch berechnete Zweifel aufkommen lassen: Die Kirche La Piedad, der Mercado de Abasto, Parteibüros, ein Fernsehstudio und das Hospital Británico.

Cafiero, Allianz-Vorkandidat für das bonaerenser Gouverneuramt, unterstrich ausserdem, dass die Pläne ab Juni übergeben wurden, als die Wahlkampagne begann und die Regierung sich mehrfach mit sozialen Ausbrüchen wie etwa in Cutral-Có und Jujuy konfrontiert sah. Mit diesen Unterlagen bewaffnet trafen sich Fernández Meijide und Cafiero am Mittwochabend mit Mark Hagestrom von der Weltbank, die den Kredit für diese Arbeitsbeschaffungspläne gewährte. Bei diesem Treffen wurde auch der unglückliche Fall „Argentino el Diego“ präsentiert, ein angeblicher Arbeitsloser, der angeblich im ersten Stock der Avenida Belgrano Nr. 200 wohnen soll. Dort aber findet sich nur die Fassade des Teatro Colonial und kein Mensch weiss etwas von „Argentino el Diego“. Ortega seinerseits gab als Antwort eine Pressekonferenz, in der er versicherte, er habe nichts mit den Plänen zu tun, da diese Sache des Wirtschaftsministeriums seien.

Duhalde will keine Marionette sein

„Justizialismus hat andere Meinung über Modell als Menem“

Der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde versicherte am Montag, er werde als Präsidentschaftskandidat keine Marionette sein.

Dies bedeutet eine klare und unmissverständliche Botschaft an die Adresse von Präsident Carlos Menem, der sich mit der Absicht trägt, das Steuer des Justizialismus bis 2003 in der Hand zu behalten und Einfluss auf den am Ende gekürzten PJ-Präsidentschaftskandidaten auszuüben. Duhalde bestand darauf, dass man im Justizialismus hinsichtlich des 1989 gestarteten Wirtschaftsmodell anderer Auffassung sei als Menem. „Der Kandidat muss dem Programm seinen Stempel aufdrücken, weil er, wenn er das

nicht tut, eine Marionette ist und ich bin keine Marionette“, versicherte Duhalde in Rundfunk-erklärungen.

Der bonaerenser Gouverneur wird in den Internwahlen des PJ zur Ermittlung des Präsidentschaftskandidaten am 11. April der Konkurrent von Ramón Palito Ortega sein, wenn auch noch weitere Kandidaten möglich sind. Duhalde ist hinsichtlich seiner Aussichten optimistisch und weist darauf hin, dass Umfragen über den Wählerwillen für ihn und Graciela Fernández Meijide fast gleiche Präferenzen ergeben hätten.

„Es sind Meinungsforscher, die immer für die Partei (PJ) gearbeitet haben“, erklärte Duhalde

auf die Frage nach den Meinungsforschern. Er fügte hinzu, es seien dieselben, die ihm im Oktober des vergangenen Jahres fünf Tage vor der Wahl vorausgesagt hätten, dass der Justizialismus in diesen Legislativwahlen verlieren und die Allianz sich durchsetzen werde.

Seine persönliche Beziehung zu Menem, so der Gouverneur, sei kaum als eng zu bezeichnen und die Gründe dafür seien allgemein bekannt. Andererseits aber versicherte Duhalde, dass er sich irgendwann mit dem Präsidenten treffen müsse, dafür allerdings noch kein Termin vorgesehen sei. Ein Treffen sei jedoch keinesfalls etwas unmögliches, sagte Duhalde.

**e-mail im
Argentinischen
Tageblatt**
Die neuen Adressen
e-mail:
info@tageblatt.com.ar
Internet:
www.tageblatt.com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Niedrige Fiskaleinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Oktober mit \$ 3,97 Mrd. um 0,3% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,2% unter September. Das Ergebnis wäre bedeutend ungünstiger gewesen, entfielen auf Oktober nicht die Einnahmen aus der frisch eingeführten Einheitssteuer. Dieser Erlös wurde nicht diskriminiert, wie es hätte sein sollen, da es sich um eine neue Steuer handelt, die andere ersetzt, aber mit diesen nicht gleichzusetzen ist. Somit weiss man nicht, wie viel der Staat hier eingenommen hat. Ausserdem: ein Teil der Einheitssteuerzahler hat jetzt die normalen Steuern nicht bezahlt, vornehmlich die MWSt., so dass der Fiskus nicht mehr eingenommen hat; aber der grössere Teil zahlte angeblich vorher keine Steuern und leistete auch keine Sozialabgaben.

Die Bruttoeinnahmen aus der MWSt. lagen im Oktober mit \$ 1,63 Mrd. um 1,7% unter dem Vorjahr und um 12,1% unter September. Hier merkt man den Konjunkturunbruch, der im August eingesetzt hat und sich besonders bei KFZ und dauerhaften Konsumgütern ausgewirkt hat, bei

denen die MWSt.-Zahlungen bedeutend sind. Die Einnahmen der MWSt. lagen in 10 Monaten nur um 3% über der gleichen Vorjahresperiode, stiegen also weniger als das Bruttoinlandprodukt, das in diesem Jahr in 10 Monaten um etwa 5% höher lag. Man hätte zumindest einen kleinen Fortschritt bei der Erfassung der Hinterziehung erwarten können, der offensichtlich ausgeblieben ist.

Die Rückzahlungen der MWSt. auf Exporte lagen mit \$ 213,3 Mio. um 21,5% niedriger als im Vorjahr; dennoch lagen sie um 315,1% höher als die \$ 51,4 Mio. vom September. Dabei lag die vom Zollamt direkt einbehaltene MWSt. im Oktober mit \$ 644,9 Mio. um 13,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,7% unter dem Vormonat. Die Aussenhandelssteuern (Zölle und Gebühren) lagen mit \$ 231,4 Mio. um 13,6% unter dem Vorjahr und um 3,5% unter dem Vormonat. Die Rezession hat sich sofort auf die Importe ausgewirkt.

Der Erlös aus der Gewinnsteuer lag im Oktober mit \$ 675,4 Mio. um 3% unter dem Vorjahr und um 17% über September. Die Zunahme gegenüber dem Vormonat beruht darauf, dass die Vor-

schüsse alle zwei Monate gezahlt werden, also im August und Oktober, aber nicht im September. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr hätte nicht sein sollen, da die Periode, auf die die Zahlungen vom Oktober entfallen, konjunkturell gut war. Offensichtlich wurden Zahlungen aus Liquiditätsgründen nicht getätigt.

Die Unternehmerbeiträge zum Pensionierungssystem lagen mit \$ 641,6 Mio. um 11,2% über Oktober 1997 und um 5,5% über September 1998. Hingegen lagen die persönlichen Beiträge mit \$ 488,2 Mio. um 7,5% unter dem Vorjahr und um 0,5% unter dem Vormonat. Das weist darauf hin, dass die Beschäftigung gestiegen ist und womöglich auch ein Übergang von Schwarzarbeit auf legale Beschäftigung eingetreten ist. Aber es zeigt auch, dass weiter Beschäftigte vom staatlichen System auf das private übergehen, was sich jetzt nicht auf den Bestand

der Rentner bezieht, sondern darauf, dass diejenigen, die in Pension gehen, das staatliche System verlassen, während diejenigen, die neu in den Arbeitsprozess eintreten, sich beim privaten System eintragen.

Bei diesen niedrigen Einnahmen, die stark unter dem Plansoll liegen, wird es zunehmend schwierig, die Auflagen des IWF zu erfüllen.

Die Regierung hat schon vor einigen Wochen eine Ausgabenkürzung von einer Milliarde Pesos verfügt, die jedoch nur knapp über der Hälfte durchgeführt wurde, weil inzwischen Ausgaben für die Überschwemmung im Nordosten und andere hinzukamen. Eine weitere Verringerung ist kurzfristig schwierig. Ob das Schatzamt unter diesen Umständen ohne eine IWF-Genemigung für ein höheres Defizit (genannt „waiver“) auskommt, ist äusserst fraglich.

Deflationssymptome

Der Index der Konsumentenpreise weist für Oktober eine Abnahme von 0,4% aus, die grösste seit März 1997 mit 0,5%. Die 12monatsrate sank somit auf 0,9%, knapp über dem Minimum von 0,8% vom März 1998. Die Verringerung vom Oktober wurde vornehmlich durch eine Abnahme der Lebensmittelpreise um 1% herbeigeführt.

Der Rückgang wurde hier zur Hauptsache durch die Rinderbaisse verursacht, die 4% auf dem Markt von Liniers betrug, und sich zum Teil auf die Einzelhandelspreise niederschlug. Dabei sei bemerkt, dass die vorangehende Hausse auch nur zum Teil auf die Endkonsumenten abgewälzt wurde. Beim Rindfleisch war die Hausse besonders ausgeprägt bei bestimmten Schnitten, wie der „Asado“ mit minus 5,8% und Hackfleisch mit 4,7%. Die hochwertigeren Fleischarten sind weniger im Preis gefallen, sei es weil die Nachfrage sich hier mehr gehalten hat, sei es, weil sie auch im Rahmen der Hilton-Quote und der USA-Quote exportiert werden. Beim Rindfleisch wirkt sich das höhere Angebot aus, das dank dem guten Zustand der Weiden herbeigeführt wurde. Die höheren Regenfälle des Vorjahres, als Folge der Pazifikströmung „El Niño“, haben den Zustand der

Weiden stark verbessert, so dass die Rinder eine stärkere Gewichtszunahme hatten und schliesslich mehr Rindfleisch erzeugt wird. Aber ausserdem steht der Weltmarktpreis immer noch unter Druck, wobei die Exporte stark nachgelassen haben. Auch das erhöht das Inlandsangebot. Die Hausse von 1997 hat sich als Seifenblase entpuppt; jetzt sind die Rinderpreise wieder niedrig.

Der Rückgang beim Rindfleisch hat auch den Geflügelpreis nach sich gezogen, der um 4,8% sank. Hier gab es allerdings höhere Lieferungen aus Brasilien. Aber auch sonst gab es Preisnachteile bei Lebensmitteln. Der Zuckerpreis ging um 1,6% zurück, weil ein hoher Überschuss besteht, da die diesjährige Ernte einen Rekord darstellt, wobei der Weltmarktpreis unter Druck steht. Argentinien ist das einzige zuckerproduzierende Land, bei der diese Tätigkeit völlig dereguliert ist, so dass der Weltmarktpreis sich direkt auf den internen Preis auswirkt. Bis 1991 bestand eine Regulierung, wie sie in anderen Ländern üblich ist, nach der obligatorische Exportquoten und ebenfalls Kontingente für den internen Verkauf festgesetzt wurden, so dass der Exportverlust auf den Inlandspreis abgeladen wurde. Das ist jetzt nicht mehr so. Die

Randglossen

Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte. Dieser Spruch darf im übertragenen Sinne auf den Bruderzwist in Corrientes angewendet werden, wo die beiden Exgouverneure Romero Feris inzwischen verschiedenen Parteien angehören. Das hat unter anderem dazu geführt, dass der sogenannte liberal-autonomistische Pakt vom Senat nicht als eine Partei eingestuft wurde. Daraus zog der Senat die absurde Konsequenz, dass nicht der liberale Kandidat Carlos Tomasella die Nachfolge des scheidenden Liberalen Juan Aguirre Lanari antreten darf, wie es die Parlamentarier des Paktes in Corrientes beschlossen hatten, sondern der Justizialist Rubén Pruyas das zweite Mehrheitsmandat erhielt, obwohl seine Partei seit 1972 keine Wahl in der Provinz gewonnen hatte. Peinlich.

Die Staatsanwälte haben sich die Einmischung Präsident Menems in die Ermittlungen des Waffenschmuggels durch Staatsanwalt Carlos Stornelli verboten, dem der Staatschef parteipolitische Machenschaften unterstellte. Der Chef der Staatsanwälte Carlos Becerra lehnte das Gesuch des Justizministers Raúl Granillo Ocampo ab, nach dem er Stornelli auf Herz und Nieren prüfen sollte. Der abstruse Konflikt zwischen der Exekutive und den Staatsanwälten beruht auf der gegenteiligen Betrachtungsweise des Waffenschmuggels. Die Regierung lehnt jede Verantwortung ab, sie schiebt sie den Waffenhändlern in die Schuhe. Die Staatsanwälte wollen ausserdem die Verantwortung der Minister sowie gegebenenfalls des Präsidenten durchleuchten, weil sie Dekrete unterschrieben haben. Eins zu null für die Staatsanwälte.

EU zahlt auf Zuckerexporte eine Subvention von u\$ 610 pro Tonne, bei einem Weltmarktpreis von u\$ 226. Ohne diese Subventionen der EU u.a. Länder wäre der Weltmarktpreis viel höher, da jene Länder die Produktion ganz oder teilweise aufgeben müssten, so dass auch Argentinien exportieren könnte und der interne Preis eben höher wäre. Die Deregulierung hat dazu geführt, dass der Zuckerpreis in Argentinien als Folge der absurd hohen Subventionen anderer Länder ab 1991 auf fast die Hälfte gesunken ist, und immer weiter sinkt, wobei eine grosse Anzahl von Zuckerfabrikanten zusammengebrochen ist und bei anderen dies wohl noch bevorsteht. Dennoch wird mehr Zucker produziert.

Auch andere Lebensmittel sanken: Speiseöl und Milchprodukte um 0,6%, bestimmte Käsesorten („quattro“) sogar um 4,2%. Tomaten fielen um 10%. Mit dem Frühling nimmt das Angebot an Gemüse zu, so dass in diesen Monaten hier Preisnachlässe normal sind. Bekleidung fiel um 0,2%. Im allgemeinen standen die Preise unter dem Druck einer geringeren Nachfrage.

Der Index der Grossistenpreise verzeichnet im Oktober eine Abnahme von 1%, wobei hier in den letzten 12 Monaten 5,1% weniger verzeichnet wird. Im Laufe dieser Jahresperiode nahm der Preis für Erdöl und Gas um 31% ab, die Preise landwirtschaftlicher Produkte sanken um 15,9%, und auch die Preise der Importprodukte fielen um 5,7%. Industrieprodukte fielen in diesem Zeitraum nur 1,9%. Der Index der Konsumentenpreise spiegelt somit den Preisverfall bei Commodities auf dem Weltmarkt wider. Dass dies sich nur zum Teil auf die internen Konsumentenpreise auswirkt ist logisch, da der Handel diese Schwankungen zum Teil ausgleicht, wobei ausserdem der Anteil dieser Rohstoffe und Halbfabrikate an den industriellen Endprodukten beschränkt ist. Ausserdem enthält der Index der Konsumentenpreise auch Dienstleistungen, deren Preise im Durchschnitt zugenommen haben. Die interne Preisentwicklung ist stark durch den Weltmarkt bedingt. Ohne die Baisse bei Commodities hätte der Index der Konsumentenpreise wohl im Laufe der letzten 12 Monate eine wesentlich stärkere Zunahme erfahren, die sich jedoch auf alle Fälle

innerhalb der Grössenordnung gehalten hätte, die international als mit dem Stabilitätskonzept vereinbar gilt.

Die Wirtschaftsführung hat den Beschluss gefasst, 14,9% des Kapitals von YPF als Gesamtpaket zwischen dem 11. und 15. Januar zu verkaufen. Bisher stand nicht fest, ob die Aktien sukzessive an der Börse verkauft würden, durch Ausschreibungen für Teilpakete nach irgend einem der bekannten Systeme („book building“ oder ein anderes), oder ob das zugelassene Höchstpaket gesamthaft verkauft werden würde. Insgesamt besitzt der Staat nach der Privatisierung noch 20,3% des Kapitals; aber laut Statuten muss derjenige, der 15% oder mehr kaufen will, ein Angebot zu gleichen Bedingungen für 100% des Kapitals machen („tender offer“). Das begrenzt in der Praxis die Möglichkeit des Kaufes eines grösseren Paketes. Somit verbleiben dann noch 5,4% des Kapitals, wobei der Staat 0,1% behalten will (als sogenannte Goldaktie, mit Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen) und 5,3% gelegentlich an der Börse verkaufen wird.

Die spanische Repsol hat für die 14,9% ausseroffiziell einen Preis von \$ 38 pro Aktie geboten, als der Börsenkurs knapp über \$ 25 lag. Danach ist er stark gestiegen, wobei die Nachricht, dass die Aktien nicht an der Börse verkauft werden, insofern positiv ist, als dieser Verkauf den Kurs drücken würde. Angeblich hat sich auch die italienische ENI interessiert. Jetzt soll die lokale Perez Companc auch Interesse für 12% gezeigt haben, da sie schon fast 3% besitzt. Dabei steht die Regierung vor einem Dilemma: dann würde sie den höheren Preis nur für einen geringeren Teil des Paketes erhalten, also im Durchschnitt einen geringeren Preis erzielen. Bei Verkauf des Gesamtpaketes von 14,9% als Einheit zu \$ 38 und der restlichen Aktien zum Börsenkurs würde das Schatzamt Einnahmen von etwa \$ 2,8 Mrd. erzielen, die besonders jetzt, da die Fiskaleinnahmen stark unter dem Plansoll liegen, sehr gelegen kommen.

Repsol hat schon vor einigen Jahren die lokale Erdölgesellschaft Astra von der Familie Grüneisen gekauft, und dann auch die Vertriebsgesellschaft EG3, an der Astra mit einem Drittel beteiligt war, ganz übernommen. Repsol würde mit dem Kauf eines Kontrollpaketes von YPF eine

dominierende Marktstellung in Argentinien haben. In der EU, den USA u.a. Ländern wäre so etwas nicht zugelassen, weil die Monopolgesetzgebung es verbietet. In Argentinien besteht vorerst kein legales Hindernis. Das Gesetz zum Schutz der Konkurrenz (aus dem Jahr 1980) soll zwar geändert werden, und ein Gesetzesprojekt befindet sich seit geraumer Zeit in der Deputiertenkammer, wo es von der zuständigen Kommission schon verabschiedet, aber dann nicht im Plenum behandelt wurde. Dieses Projekt sieht die Möglichkeit eines staatlichen Vetos bei Fusionen und Unternehmenskäufen vor, wenn sich dabei beherrschende Marktpositionen bilden. Der Verkauf des staatlichen Aktienpaketes von YPF wäre somit ein Musterbeispiel zur Anwendung dieses Gesetzesprojektes.

Allein, es ist nicht klar, ob Repsol oder wer immer das Paket von 14,9% des Kapitals kauft, unbedingt die Kontrolle ausübt. YPF ist gegenwärtig eine Aktiengesellschaft, bei der es keine Kontrollmehrheit gibt, ausser der staatlichen, wobei der Staat sich jedoch passiv verhält. Das erste Direktorium wurde auf der Basis derjenige Personen gebildet, die die Rationalisierung und Privatisierung durchführten und von Präsident Menem ernannt worden waren, geleitet von José Estenssoro, der 1995 bei einem Flugzeugunfall in Ekuador umkam. Danach verblieb sein Vizepräsident Nells Leon, der schon früher mit Estenssoro zusammengearbeitet hatte, als Präsident; und als dieser nicht mehr weitermachen wollte, heuerte er Roberto Monti an, der damals bei der französischen Erdölgeologiefirma Schlumberger tätig war, und ernannte ihn zuerst zum Vorsitzenden der Tochtergesellschaft Maxus Energy (die YPF unter der Leitung von Estenssoro kurz vorher gekauft hatte), die er gründlich sanierte, um ihm dann die YPF-Leitung zu übertragen. In der Praxis bestimmte somit das Direktorium über das Verbleiben der Direktoren und die Ernennung neuer Direktoren.

Die YPF-Aktien sind stark verzettelt. Abgesehen vom Staat war Perez Companc mit fast 3% der grösste Aktionär. US-Investmentfonds halten etwa 50% des Kapitals; der Rest ist sehr verstreut. Das Gesellschaftsstatut wurde so verfasst, dass es keine Mehrheits-

aktionäre geben kann. Bei über 3% besteht Meldepflicht, so dass der Aktionär dem Direktorium und den anderen Aktionären bekannt sein muss; und darüber hinaus, muss der Aktionär eben bereit sein, das ganze Kapital aufzukaufen.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die, ob es jetzt mit diesem Verkauf von 14,9% als Gesamtpaket ein Kontrollpaket geben wird. Theoretisch hat dieser Aktionär dann die Unternehmenskontrolle, da die anderen Aktionäre verzettelt sind. Dennoch können die Minderheitsaktionäre bei einer Generalversammlung gegen das vom Kontrollaktionär aufgestellte Direktorium stimmen. Ebenfalls können sich über die Börse auch weitere Pakete von 14,9% bilden, wobei es auch möglich ist, dass sich kleinere Gruppen zusammenschliessen, um bei der Generalversammlung für ein bestimmtes Direktorium zu stimmen. Wenn Repsol für die YPF-Aktien einen wesentlich höheren Preis zahlt, so bestimmt nur, weil es die Kontrolle von YPF anstrebt. Das wird durch diesen Kauf jedoch nicht gesichert. Allerdings ist es für Repsol dann einfacher als für andere, auch andere grössere Aktienpakete heranzubilden und durch Direktoriumssitze zu verpflichten, Repsol zu unterstützen. Aber auf alle Fälle ist YPF mit diesen Statuten ein Idealfall für eine unerwünschte Übernahme durch eine andere Gruppe („unfriendly take over“).

YPF ist 1993 privatisiert worden, aber die Entscheidungen wurden weiterhin in Argentinien getroffen. Wenn Repsol oder eine andere ausländische Erdölgesellschaft nur 14,9% übernimmt, werden die Entscheidungen zum Teil im Ausland getroffen und von den Interessen von Repsol oder sonst einer grossen Erdölgesellschaft beeinflusst. Das macht diesen Fall zum Politikum.

In der Praxis ist es jedoch so, dass die Investmentfonds und die Kleinaktionäre im allgemeinen das bestehende Direktorium unterstützen, solange sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. In der Tat hat YPF eine gute und fachmännische Leitung, so dass diese Aktionäre keinen Grund haben, dieses Direktorium abzuwählen. Die 14,9% des neuen Grossaktionärs reichen hier nicht aus. Daher sollte man erwarten, dass sich in der Praxis nicht viel ändert, wobei die Verbindung von YPF und Repsol

(oder einer anderen grossen Erdölfirma), die Möglichkeiten des Unternehmens auf internationa-

Föderalisierung des PAMI?

Die Krankenkasse für Rentner, im Volksmund unter dem Kürzel PAMI bekannt, stellt für den Haushalt so viel wie eine blutende Wunde dar. Altschulden von weit über einer Milliarde Pesos werden laufend mit Fehlbeträgen genährt, die gelegentlich beim Schatzamt landen, wenn Zahlungsnot drückt. Angeblich wirtschaftet PAMI mit monatlichen Defiziten von \$ 20 bis \$ 30 Mio. Das sind Beträge, die nicht tragbar sind, zumal im Umfeld gespannter Staatsfinanzen, deren Steuereinnahmen nicht ausreichen, um die Budgetausgaben zu decken.

Auf einer Sitzung mehrerer justizialistischer Provinzgouverneure mit dem Kabinettschef Jorge Rodríguez und seinen Mitarbeitern trug der Gouverneur von La Pampa, Rubén Marín, unlängst die Idee vor, das PAMI-Institut zu föderalisieren. Der Gouverneur von Salta, Juan Carlos Romero, unterstützte die Initiative, die seither auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Es geht darum, dass das PAMI praktisch als nationale Institution aufgelöst wird. Die Gliedstaaten (Provinzen und Bundeshauptstadt) treten die Nachfolge an. In jedem Gliedstaat werden die dort ansässigen Rentner direkt von den lokalen Staatsverwaltungen betreut, anstatt dass sie landesweit einer stets umständlichen und teuren Bürokratie unterliegen, die in der Bundeshauptstadt ansässig ist und auf dem Umweg von Verträgen mit privaten Dienstleistungsunternehmen die PAMI-Kranken behandeln lässt. Bei PAMI sind über 4 Mio. Rentner mit Familienangehörigen eingeschrieben, obwohl längst nicht alle die PAMI-Dienste in Anspruch nehmen, aber Sozialbeiträge leisten müssen, die bei der Auszahlung der Renten abgezogen werden.

Die Föderalisierung des PAMI funktioniert auf der Basis einer automatischen Zuwendung der Einnahmen an jeden Gliedstaat nach Massgabe der dort ansässigen Rentner. Die PAMI-Einnahmen entspringen den Sozialabgaben auf Lohnsummen sowie auf Renten. Die Zuweisung an jeden Gliedstaat ist verhältnismässig einfach zu ermitteln, hat doch jeder Rentner ein Domizil in einem

lem Gebiet erweitert und Synergien schafft, die sich positiv auf das Bilanzergebnis auswirken.

Gliedstaat. Die Gutschriften und Belastungen erfolgen dann elektronisch, ebenso wie gegenwärtig die Sozialverwaltung Anses täglich die von der Steuerdirektion AFIP eingetriebenen Sozialbeiträge und Sondersteuern auf ihr Konto erhält und sie den einzelnen Sozialkassen (Renten, Arbeitslose, Familienzulagen, Sozialwerke) gutschreibt. Dafür genügt ein Software-Programm, wie es IBM 1994 für Rechnung der Steuerbehörde ausgearbeitet und bis Juli 1998 betrieben hat sowie seither unter der Aufsicht der AFIP weiter verwaltet.

Mit dieser Föderalisierung des PAMI würde das Nationalbudget entlastet werden, indem keine Defizite mehr anfallen, die über kurz oder lang dem Schatzamt eine Bürde bedeuten. Die Regierungen der Provinzen und der Bundeshauptstadt müssten sich dann um die Krankenkassen der Rentner kümmern und dafür sorgen, dass letztere nicht zu kurz kommen. Die Provinzgouverneure kümmern sich um die Gesundheit der Rentner, weil bei Nachlässigkeit der PAMI-Verwaltung, wie sie immer wieder vorkommt, die Provinzhospitäler einspringen müssen. Mit einer eigenen Verwaltung könnten sie die Krankenkasse der Rentner mit ihren Hospitälern verbinden. Diese Sorge verleitete Marín dazu, den Vorstoss zur Föderalisierung des PAMI vorzutragen.

Des weiteren würden die Regierungen der Provinzen und der Bundeshauptstadt entscheiden, welche Dienstleistungen sie ausser der Krankheitsbetreuung den Rentnern bieten. PAMI organisiert neben den Krankheitsdiensten auch Bestattungskosten, Unterhaltung und Ferien, worüber die Lokalregierungen entscheiden sollten.

Eine Föderalisierung des PAMI könnte auch bewirken, dass einzelne Gouverneure sich bemühen, Rentner aus anderen Gefilden in attraktiven Orten anzusiedeln, wo sie von der Provinzverwaltung betreut werden würden.

Ob die Korruption, die bei PAMI mit dem Zuschlag von Dienstleistungsverträgen im Rahmen eines Jahresbudgets von rund \$ 2,4 Mrd. immer wieder ange-

zeigt wird, bei der Dezentralisierung an lokale Regierungen ausgeschaltet werden kann, sei dahingestellt.

Indessen wird es dann Sache der Regierungen in den Provinzen und der Bundeshauptstadt sein, mögliche Korruptionsnester auszuräumen. Die nationale Politik, die stets von Korruptionsskandalen im PAMI belastet wird, würde dieses Odium los werden. Kluge Politiker, die solchen Ma-

Das Landesinnere als Investitionsstandort

Argentinien galt wirtschaftlich stets als besonders zentralisiert. Die Bundeshauptstadt und ihre Umgebung wirkten jahrzehntelang als bester Standort für produktive Investitionen, zumal in der verarbeitenden Industrie. Die Landwirtschaft blühte in der Pampa, rund 500 Kilometer im Umkreis von Buenos Aires. Einige wenige Ballungszentren, zumal in Rosario, Córdoba, Mendoza und Tucumán, entwickelten Industrien, doch konnten sie sich niemals mit der zentralen Metropole um Buenos Aires messen. Die Infrastruktur wurde, soweit überhaupt, in der Metropole ausgebaut. Das Landesinnere musste warten.

Das hat sich in den neunziger

Industrielle Investitionen nach Regionen

Region	(in US\$ Mio.)		
	1990-1997	1998-2000	Veränderung
Nordwesten	12	73	6,0 mal
Patagonien	77	387	5,0 mal
Zentrum	922	2.137	2,3 mal
Mesopotamien	27	50	2,0 mal
Cuyo	29	58	2,0 mal
Hauptstadt u. Umgebung	95	172	1,8 mal

Misst man die Investitionen je Einwohner nach Regionen, dann schneidet Patagonien mit 15 mal mehr als die Bundeshauptstadt und Umgebung ab, gefolgt vom Zentrum mit 13 mal, Cuyo mit 1,6 mal, der Nordwesten mit 1,5 mal und Mesopotamien mit 1,2 mal mehr.

Jahrzehntelang beklagten sich die Politiker des Landesinneren, dass sie wirtschaftlich stiefmütterlich behandelt wurden, weil die grosse Entwicklung in Buenos Aires und Umgebung stattfand. Sie hatten hinsichtlich des Standortes der meisten Investitionen bis 1976 entschieden recht: die Konsumnähe, die günstigere Infrastruktur und die besseren Dienstleistungen, plus die Vernetzung mit schon bestehenden Industrien, machten Buenos Aires und Umgebung zum weit aus bevorzugten Industrie-

standort. Die Devisenbewirtschaftung und das allmächtige Gewerkschaftswesen taten das Übrige zugunsten dieser Zentralisierung.

Um dies zu ändern, wurde 1974 ein Gesetz zur Industrieförderung verabschiedet, das für industrielle Investitionen im Landesinneren erhebliche steuerliche Vorteile bot. Das System wurde jedoch erst unter der Militärregierung angewendet und führte zur effektiven Verlagerung von Industrieprojekten ins Landesinnere, insbesondere in San Luis. Zahlreiche Industrien schlossen später. Was verblieb, kostete den Fiskus freilich an entgangenen Steuern mehr als der Wert der Investitionen, ein reichlich absurdes Ergebnis der Industrieförderung.

In den neunziger Jahren ging diese Entwicklung verstärkt weiter, obwohl es kaum noch

Jahren dramatisch verändert. Die Studienstelle CEP des Staatssekretariates für Industrie, Handel und Bergbau hat die Verlagerung der produktiven Investitionen auf Standorte des Landesinneren deutlich dokumentiert, wogegen sich in der Bundeshauptstadt und Umgebung ungleich weniger Investitionen ansiedeln.

Nachfolgende Aufstellung der bereits vollzogenen ausländischen und einheimischen industriellen Investitionen von 1990 bis 1997 sowie der geplanten Investitionen von 1998 bis 2000 zeigt unmissverständlich, dass sich die wirtschaftlichen Schwerpunkte ins Landesinnere verlagern.

Industrieförderung gab. Inzwischen entstand eine echte Dezentralisierung, ohne Subventionen und Verzerrungen mit unlauterem Wettbewerb, wie sie wirtschaftlich falsche Standorte bewirken. Nach der weitgehenden Deregulierung der Wirtschaft, ihrer Öffnung mit Privatisierungen und ihrer Neigung, die reichen Ressourcen des Landes auszubeuten, anstatt sie brach liegen zu lassen, und im Umfeld der Stabilisierung des Geldwertes werden die Bundessteuern vermehrt an die Gliedstaaten verteilt, von denen Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba Nettozahler, Mendoza, Entre Ríos und Tucumán neutral und alle übrigen Nettobezieher sind, ebenso wie das nationale Schatzamt nicht mehr wie früher 70% aller Bundessteuern einzieht, sondern nur noch knapp über die Hälfte.

Die Erdölförderung hat sich seit den achtziger Jahren verdoppelt und die Erdgasproduktion sogar verdreifacht, was zahlreiche Investitionen im Landesinneren herangezogen hat, insbesondere im Transport mit Leitungen und in der Verarbeitung mit der Petrochemie.

Die Obstexporte haben sich ebenfalls mit vermehrten Investitionen verdreifacht. Die Zitronenzucht hat sich zur weltweit ersten entwickelt, die Verarbeitung und der Export eingeschlossen. Die Weinindustrie expandiert mit Blick auf die Exporte. Das Bergbauwesen blüht mit gewaltigen Investitionen in über 80 Konzessionen und exportiert bereits Gold, Kupfer und Lithium. Die Verarbeitung der Ölsaaten, zumal am Rio Paraná in der Provinz Santa Fe, hat gewaltig zugenommen und übernimmt ausser den nationalen Ernten auch Ölsaaten aus Paraguay, Bolivien und Brasilien dank dem Einsatz von Barkassen auf den Flüssen Paraná und Paraguay. Die Forstwirtschaft in Cor-

rientes, Misiones, Entre Ríos sowie im Norden und in Neuquén zieht Investitionen heran, die später auch die Verarbeitung betreffen werden.

In der verarbeitenden Industrie lassen sich in den neunziger Jahren rund 85% aller Investitionen im Landesinneren nieder. Nur 15% bevorzugen die Bundeshauptstadt und Umgebung. Früher war es bestenfalls die Hälfte. Auch die Baulizenzen in den 20 repräsentativsten Gemeinden des Landesinneren weisen zwischen 1991 und 1998 Zuwachsraten von 141% aus, so dass erstmals das aufgestaute Wohnungsdefizit abgebaut werden kann.

Diese Tendenzen werden auch in den nächsten Jahren anhalten, wobei hinzukommt, dass der gemeinsame Wirtschaftsraum im Mercosur mit Chile und Bolivien sich ebenfalls als attraktiver Standort für Investitionen im Landesinneren entpuppt. Neue Arbeitsplätze entstehen somit verhältnismässig mehr im Landesinneren als in der Bundeshauptstadt und Umgebung, wo freilich die Dienstleistungen ungleich stärker vertreten sind und Arbeitskräfte beschäftigen.

Die Verlagerung der produktiven Wirtschaftskraft nach dem Landesinneren ist zudem dazu angetan, auch wahlpolitisch abzufärben, wenn die Bevölkerung im Landesinneren schneller als in der Metropole wächst und ihre Ansprüche geltend macht. Vorerst ist das nicht der Fall, da Parteien und Kandidaten sich auf Buenos Aires und Umgebung konzentrieren. Mit der Erschliessung des Landesinneren dank Infrastruktur und öffentlicher Dienste wird sich das sukzessive auch ändern. Gelegentlich werden die Einwohner der Metropole Klage gegen das Landesinnere erheben, weil sie stiefmütterlich behandelt werden und zu kurz kommen, wie weiland umgekehrt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 9% auf 500,24, der Burcapindex um 8,3% auf 870,30 und der Börsenindex um 7,7% auf 19.198,34.

Der durchschnittliche Rind-

fleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 7,4% auf \$ 0,8775

Die Justiz gab einem Schutzkurs statt, der die Nichtanwendung des Dekretes Nr. 863/98 forderte. Es hatte verfügt, dass die jährlich rd. US\$ 150 Mio. Unkosten, die dem Steueramt durch das Inkasso der Beiträge an die Arbeitsrisikoversicherungen ART und die privaten Rentenkassen AFJP entstehen, von diesen an das Amt für Öffentliche Einnahmen AFIP

in der Höhe von bis zu 1,36% ihrer Einnahmen rückerstattet werden müssen. Zur Frage steht, ob das Dekret die Rechtsgrundlagen auf denen sich die ART und die AFJP verpflichtet haben, ändert.

Im Oktober legte der Merval-Börsenindex um 20,3% zu. Er wurde weltweit nur vom Hang Seng-Index (Hongkong) übertroffen, der 29% stieg. Die Aktien von Alpargas stiegen, dank der beinahe abgeschlossenen Schuldenumstrukturierung, um 131%. Bradybonds legten 5% zu. Auf Jahresbasis hat der Mervalindex allerdings 33% eingebüsst.

Der Bankenverband Adeba teilt mit, dass die Aufnahme von Hypothekarkrediten im September um 4% zunahm, was eine der grössten Zunahmen des Jahres sei. Die Gesamtkredite an die Privatwirtschaft namen im September um 1,7% zu.

Eastman Chemical nimmt in diesem Monat ihre erste PET (Polyethylenterephthalat)-Kunststoffabrik im Mercosur, im Industriepark von Zárate, in Betrieb. Die Jahreskapazität beträgt 130.000 t.

LADE (Líneas Aéreas del Estado) die von der argentinischen Luftwaffe betriebene Zivilfluggesellschaft, stellt ab November ihre Flüge in Patagonien ein. Die Flüge waren vom Verteidigungsbudget stark subventioniert und die Etatkürzungen machen die Massnahme notwendig.

Die Firma Consultatio stellt das Alem Plaza Gebäude fertig. Damit stehen die ersten 2 Zwillingsswollenkratzer, Catalina Plaza wurde 1995 fertiggestellt, in Buenos Aires an den Strassen Córdoba Ecke Alem. Das 32 Stock hohe Alem Plaza hat US\$ 45 gekostet. 66% der 26.000 bebauten qm sind bereits zu US\$ 3.000 verkauft oder zu US\$ 37 im Monat vermietet. Das Gebäude wird u.a. die Dresdner Bank, Credit Suisse, die Weinkellerei Chandon, IHG Seguros, United Airlines und Prodenca Securities beherbergen.

Das Bundesamt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat per Beschluss 219 verfügt, dass Beitragsverpflichtete per sofort bei Käufen von Immobilien, Fahrzeugen oder anderen Eintragungspflichtigen Güter Ihre Cuit-, CUIL- bzw. Cdi-Nummern angeben müssen.

Die Stromlieferungen des Verteilungsunternehmens Edenor für das Nordgebiet von Buenos Aires Stadt und Gross Buenos Aires, haben im Oktober, im Vorjahresvergleich, um 3,94% zugenommen. In den ersten 10 Monaten, ebenfalls im Vorjahresvergleich, um 5,34%.

Handels- und Industriesekretär Guadagni gab bekannt, dass die

Forderung um die Anrufung eines Schiedsgerichtes wegen der von Brasilien verlangten Einfuhrbewilligungen bereits an das Ausserministerum weitergeleitet wurde. Damit hat sein Sekretariat dem Gesuch des Industriespitzenverbandes UIA und der Kammer der Exporteure CERA stattgegeben.

Die ZB hat weitere 24 Filialen der Mayobank, einschliesslich ihrer Depositen für rd. US\$ 50 Mio., 11 verschiedenen Banken zugeschlagen. Die Banken sind: Quilmes 3 Filialen, Provincia de Buenos Aires 2, Mercobank 3, Galicia 4, Del Tucumán 1, Rio Negro 1, Misiones 2, Nación Argentina 2, Credicoop 2, Ciudad 3 und Nazionale del Lavoro 1.

Die Eisenbahnkonzessionärin TBA (Trenes de Buenos Aires) zeigte der Presse im Vorort Castelar 3 von ihrem Mitinhaber MK Rail für je \$ 700.000 völlig überholte und umgebaute Waggons. Mit 10 dieser Waggons im Monat, die über modernsten Elektroantrieb, elektronische Bremsvorrichtungen und Klimaanlage verfügen soll das gesamte Rollmaterial der Retiro-Tigre Strecke erneuert werden. Nach Annahme der von TBA mit dem Transportsekretariat erreichten Einigung durch die gemischte Parlamentskommission, soll die Once-Moreno Strecke der Sarmientobahn ebenfalls mit neuem Rollmaterial versehen werden.

Die Supermarktkette Norte weiht Mitte Dezember ihr erstes Shopping neben ihrem Supermarkt in Pilar ein. Die Investition betrug US\$ 8 Mio. Von den 40 Lokalen stehen noch 10 zur Verfügung. Das Shopping bedeckt 5.000 qm, hat 850 Parkplätze und ein Restaurant.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat beschlossen, das Hotel Provincial, das auf \$ 40 Mio. geschätzt wird, zu verkaufen. Die Konzession des Betreibers M. Gutierrez Guido Spano ist im vergangenen April abgelaufen und die Provinz führt eine Räumungsklage gegen ihn, die den Hotelbetrieb jedoch nicht beeinträchtigt. Das Hotel hat 417 Zimmer, davon 47 mit Aussicht auf das Meer und 96 mit Ausblick auf den berühmten Torreón del Monje. Das Gebäude mit 77.500 qm wurde Mitte der 50er Jahre errichtet.

G. Juejatis, Geschäftsführer des Shopping Alto Palermo, erklärte, im September sei in den Shoppings der Absatz von elektrischen und elektronischen Haushaltsgeräten um 50% zurückgegangen, im Oktober war wieder ein Anziehen zu verzeichnen. Die Verkaufszahlen von Bekleidung und CDs, die anderen Kerngeschäfte der Shoppings, hätten sich besser gehalten.

YPF SA gab bekannt, dass sie Obligationen auf 3 Jahre für US\$ 125 Mio., im Rahmen des im April von der Generalversammlung angenommenen Planes von Obligationen für US\$ 1 Mrd., ausgibt. Der Satz soll im 1. Jahr Libor plus 1,5% Jahreszins betragen, im 2. Libor plus 1,75% und im 3. Libor plus 2%. Die Unterbringung erfolgt zu 100% des Nennwertes.

Die Wirtschaftsführung erweitert die Ausgabe im Rahmen des Globalbonds mit Fälligkeit 2006 um US\$ 300 Mio. womit der Bond US\$ 1,3 Mrd. ausmacht. Unterbringer der Erweiterung ist Chase Securities, die Rendite beträgt 11% im Jahr, bei halbjährlicher Fälligkeit, Ausgabetermin ist der 11.11.98.

Für den privaten Rentenfonds Ethika AFJP wurden 5 führende AFJP Rentenkassen aufgefördert, Angebote im geschlossenen Umschlag zu unterbreiten. Ethika AFJP hat rd. 70.000 Mitglieder, 25.000 Beitragende und verwaltet rd. \$ 70 Mio. Trotz der Übernahme der AFJP Jacarandá konnte Ethika den notwendigen Mindestumsatz nicht erreichen, weshalb ihre Hauptanteilseignerin, die US-Versicherungsgesellschaft The Principal, beschloss, sie zu verkaufen. Ethika AFJP wird auf \$ 20 Mio. geschätzt. Mit dem Verkauf würden von den Anfangs 26 privaten Rentenkassen AFJP 14 übrigbleiben.

Unterstaatssekretär Kiguel, gleichzeitig Chef der Berater im Wirtschaftsministerium, besucht verschiedene Städte Europas um die Finanzierung für das letzte Quartal 1998 und das erste 1999 zu sichern. Grund der Reise ist die Verzögerung bei dem Überbrückungskredit von US\$ 500 Mio. bis zur Erteilung der Darlehen der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID. Ursprünglich sollten die beiden Banken im November mit US\$ 2,5 Mrd. beitragen, nun sollen es US\$ 2 Mrd. im Dezember sein. Bis Ende 1999 benötigt die Wirtschaftsführung Kredite für US\$ 16 Mrd. (AFP)

Die der Montich-Gruppe gehörende Kfz-Zulieferindustrie Iamsa hat auf ihrem Werksgelände, mit \$ 11 Mio. Investition, eine neue Spezialfarbenfabrik für Kraftstofftanks und andere Bauteile, die sie herstellt, errichtet. Iamsa liefert 70% ihrer Produktion an Scania in Mexiko und Brasilien, sowie an die brasilianische GM, Mercedes Benz und Ford. Die restliche Produktion geht an argentinische Kfz-Fabriken.

Die Justiz hat die Versteigerung der Soyex-Fabrik in Zárate, die Sojabohnen verarbeitet, angeordnet. Die Fabrik besitzt eigene Hafenanlagen am Paraná de las Palmas

Flussarm und ist Teil des Sasetru Holdings, dessen Konkurs in Februar 1981 von der ZB beantragt wurde.

Die Notierungen argentinischer Bonds sind nur mehr 3 Prozentpunkte von ihrem Stand vor dem russischen Default entfernt. Nach Angaben der Merchant Bank Asociados haben die Dollarbonds praktisch ihren alten Stand erreicht, während den Pesobonds noch rd. 6% fehlen.

Die Wirtschaftsführung teilte mit, dass Staatsbeamten mit Monatsgehältern bis \$ 1.000 und Rentnern mit bis zu \$ 450 das 13. Monatsentgelt noch in diesem Jahr erhalten. Die höheren Einkommenschichten müssen, wie im Vorjahr, bis Januar warten.

Das Wirtschaftsministerium hat den Bonte-Schatzbond 2002 um US\$ 192 Mio. erweitert. Es ist die 2. Auflage in weniger als 48 Stunden. Die vorige war für US\$ 300 Mio. an den internationalen Finanzmärkten, die letztere durch Direktzuschlag an 8 Marktbildende Banken, von denen jede rd. US\$ 24 Mio. zu 12,8% Jahreszinsen aufnahm. Damit ist der Bonds auf US\$ 2,29 Mrd. erweitert.

Mit der Finanzberatung der Merchant Bankers Asociados haben die beiden zur Wertheingruppe gehörenden Banco Mercantil SA und La Caja de Ahorro y Seguro SA fusioniert. Der Wert der Fusionierung wurde mit US\$ 148 Mio. angegeben.

Die Kfz-Produktion war im Oktober mit 40.008 Einheiten um 26,8% geringer als im gleichen Vorjahresmonat und um 14,7% geringer als im Vormonat. Der Binnenabsatz, 32.006 Einheiten, lag um 17,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 10,8% unter dem Vormonat. In den ersten 10 Monaten lag der Binnenabsatz um 11,1% über dem des Vorjahres-Vergleichszeitraumes. Die Ausfuhren waren mit 23.810 Kfz um 7,4% geringer als im Vorjahresoktober und um 13,2% geringer als im September. In den ersten 10 Monaten wurden um 8,5% mehr Kfz. gefertigt als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Durch Beschluss 487/98 des Schatzsekretariates (Amtsblatt vom 4.11.98) wurde die Industrieförderung einer Reihe von Firmen annulliert, wobei sie nicht gezahlte Steuern mit Zinsen sofort zahlen müssen. Als Grund wird die Nichterfüllung der Auflagen der Förderungsdekrete angeführt, wobei die Inhaber der Projekte sich auch nicht bemüht hätten, aus dem Förderungssystem auszutreten, wie es die Regierung seinerzeit gestattet hatte, womit rückwirkende Zahlungen vermieden worden wären. Es handelt sich um AFSA (San Luis), Alfredo Ale (San

Dekret über Arbeitsbedingungen in Kleinbetrieben

Nach monatelangem Tauziehen konnten sich die Vertreter des Arbeitsministeriums, des Gewerkschaftsbundes CGT und der kleinen und mittleren Unternehmen (Pymes) über den Wortlaut des Dekrets einigen, das die Arbeitsbedingung des Pymes-Statuts reglementieren soll. Es wird landesweit rd. 280.000 Unternehmen betreffen.

Die Unternehmens- und Arbeitnehmervertreter unterschrieben zusammen mit Arbeitssekretär Uriburu die Vereinbarung über die endgültige Fassung des ausstehenden Regierungsdekretes.

Zu den wesentlichen Punkten gehört, dass der 13. Monatslohn in Raten bezahlt werden kann, wobei die Beträge in Verhandlung

mit den Gewerkschaften festgelegt werden müssen, ferner dass Urlaube geteilt werden dürfen, und dass ein Fonds für Entlassungsschädigungen geschaffen wird. Urlaube können in drei getrennten Zeiträumen erteilt werden, wobei jedoch keiner derselben geringer als sechs Tage sein darf. Zu der Frage, wer die Unternehmer bei den vorgesehenen Verhandlungen vertritt, erklärte R. Lamacchia, Präsident der CAME (Coordinadora de Actividades Mercantiles Empresarias), die Kammern, die das Abkommen unterzeichneten hätten den Vorrang, vorausgesetzt dass sie die entsprechenden kleinen und mittleren Unternehmen tatsächlich vertreten.

102 Banken

Nach der Übernahme der Mayobank durch die Citibank verbleiben 102 Banken im argentinischen Finanzsystem. Das ist die geringste Anzahl und die grösste Depositenkonzentration in Jahrzehnten. Knapp 50% der Gesamteinlagen befinden sich bei den fünf ersten Banken der Rangliste.

Seit der Tequilaeffekt benannte Krise vor vier Jahren ist die Anzahl der Banken von 162 um rd. 40% auf 102 zurückgegangen, die der Bankbeamten von 122.000 um rd. 13% auf 106.000. Dabei nahmen die Einlagen im gleichen Zeitraum um 66% zu. Die Durchschnittseinlagen haben sich bei den nun bestehenden Banken von \$ 282 Mio. auf \$ 774 Mio. beinahe verdreifacht. Auch an dieser Zahl kann die Bankenkonzentration abgelesen werden. 80% der Banken kommen nicht auf den genannten Durchschnittsbetrag der Einlagen.

Die stattgefundenen Liquidierungen, Fusionen, Übernahmen, Privatisierungen und Internationalisierungen haben das argentinische Finanzsystem und seine Branchevertretungen tiefgreifend beeinflusst.

In diesen vier Jahren wurden die Genossenschaftsbanken am härtesten in Mitleidenschaft gezogen. Von vorher 38 gibt es nur mehr fünf. Sie sind Credicoop, Almafuerte (die eine AG wird), Empresaria de Tucumán, Río Tercero und Balcarce. Andererseits haben internationale Bankinstitute ihren Anteil an den Einlagen vervierfacht und übertreffen zum ersten Mal die offiziellen Geldinstitute.

Juan), CMG (San Juan), Centro Norte (San Luis), Cold Guard (San Luis), Compuservice Computador (San Juan), Copar (La Rioja), Cristalerías del Norte (San Luis), Dalti (San Luis), Disal (San Luis), E.Plá (San Luis), Ekasodium (San Luis), Eurovideo (San Luis) und Grafopar (La Rioja). Die provinziellen Förderungsdekrete stammen fast alle aus den Jahren 1985 und 1986.

Die Regierung hat per Dekret 1.300/98 verfügt, dass die Versicherungsgenossenschaften in Aktiengesellschaften umgewandelt werden dürfen, ähnlich wie dies bei Genossenschaftsbanken 1995 schon erlaubt wurde. Die Genossenschaften dürfen ihr Portefeuille auf eine Aktiengesellschaft übertragen, die durch die Genossenschaftler gebildet wird. Diese Umwandlung erlaubt den Versicherungsanstalten Fu-

sionen einzugehen oder Kapital aufzunehmen, um sich zu sanieren, was sie als Genossenschaften nicht tun können. Ein Versuch, diese Umwandlung zu gestatten, scheiterte 1978, wobei damals das Argument angeführt wurde, diese Genossenschaften hätten steuerliche Vorteile genossen und würden somit bei der Umwandlung ins AGs ein Geschenk erhalten.

Das Staatssekretariat für Fernverbindungen gab Gebührenveränderungen bei Regional- und Ferngesprächen innerhalb Argentins und bei Ferngesprächen in einige Staaten Lateinamerikas, der EU und Israel ab 1.12.98., bekannt. Im Einzelnen sind sie bei Telecom von 30-55 km und 55-110 km 16,2%, 170-240 km 10,2% und über 240 km 10,5%; bei Telefónica de Argentina von 30-55 km 19,18%, 170-240 km 10,2% und über 240 km 9,4%.

Vertreter der heimischen Metallindustrie suchten bei der Inudstriekommission des Abgeordnetenhauses um die Freigabe der Beteiligung ihrer Erzeugnisse bei der Niederlassung schlüsselfertiger Industrien. Die neu zu verabschiedende Gesetzgebung müsse die Liefermöglichkeiten der heimischen Industrie berücksichtigen, was bei den geschätzten Einfuhren für US\$ 520 Mio. für den Staat zusätzliche Steuereinnahmen von \$ 164 Mio. und für den Arbeitsmarkt zusätzlich 63 Mio. Arbeitsstunden ergeben würde.

Die Wirtschaftsführung hat über die Credit Suisse First Boston den Bond in SFr mit Fälligkeit im Dezember 2003 mit umgerechnet US\$ 70 Mio. zu 7% im Jahr auf US\$ 300 Mio. erweitert. Die Unterbringung erfolgte im Rahmen des Ersatzes für den Überbrückungskredit von US\$ 500 Mio., über den mit marktbildenden Banken verhandelt wird, und der Erweiterung der in der kommenden Woche fälligen Letes Schatzscheine für US\$ 250 Mio.

Das Dekret, dass der Rentnerkrankenkasse Pami gestatten wird, Altsschulden an Lieferanten und Dienstleistern zu begleichen, liegt zur Unterschrift vor. Konsolidierungsbonds (Bocon) für \$ 800 Mio. auf 8 Jahre und 3 Monate werden ab dem 15.1.99 ausgehändigt, wobei die ersten Zinszahlungen im April anfallen. Die Schuld war 1997 per Dekret 197 als Staatsschuld anerkannt worden, da bei der Normalisierung des Sozialwerkes durch den Staat, die Schulden vorheriger Verwaltungen übernommen wurden. Ursprünglich sollten in jedem Haushalt \$ 100 Mio. für die Abzahlung vorgesehen werden, doch nun wurde dieser Weg gewählt.

Die Wirtschaftsführung sieht für November und Dezember \$ 565 Mio. Defizit vor, um die IWF Auflagen erfüllen zu können. Oktober wies vorläufig \$ 310 Mio. Defizit aus, wobei noch die Ergebnisse der Sozialversicherungen, der dezentralisierten Körperschaften und der Staatsbetriebe ausstehen, die den Betrag verringern können. Schatzsekretär Guidotti sagte einen schwierigen Jahresabschluss mit harten Sparmassnahmen voraus.

Die Exxel Group übernimmt 65% der Modekette Paula Cahen D'Anvers mit ihren 11 Geschäftslökalen für US\$ 10 bis 11 Mio. Damit hat Exxel 5 Lizenzen in der Bekleidungsbranche: Pentland (Sport), Vesubio (Lacoste), Polo Ralp Laurent und Coniglio. Über Calvin Klein von der in Konkurs geratenen Conindar wird verhandelt.

Trotz der schweren internatio-

nenen Finanzturbulenzen wurden in Argentinien 1998 bisher über US\$ 2,35 Mrd. aus dem Ausland direkt investiert, davon 80% im Landesinneren, wie das Industriesekretariat bekanntgab. Diese Investitionen sind durchwegs Errichtungen neuer und Erweiterungen bestehender Produktionsstätten.

Wirtschaftsminister Fernández erklärte, das BIP werde im näch-

sten Jahr um 4,8% zunehmen; die Erholung der Wirtschaft werde im ersten Jahresdrittel 1999 deutlich sichtbar sein. Gespräche mit Unternehmen lassen ein Abflachen der Krise und Erholungen in mehreren Bereichen erkennen, die in den ersten 4 Monaten deutlich sein werden.

Argentinische Stahlunternehmen forderten vorbeugende Antidumpingmassnahmen angesichts

der bevorstehenden Einfuhr von nahtlosen Rohren für US\$ 30 Mio. durch die Japan Gasoline Company, die Beteiberin des Konsortiums ist, das die Gasleitung des Megavorhabens (YPF SA, Dow Chemical und Petrobras) legt.

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	1996	1997
Nov.	63.547.652	20.748.776
Dez.	56.731.344	38.371.827
	1997	
Feb.	42.218.378	21.525.670
Mär.	59.929.433	83.737.695
Apr.	81.729.710	207.403.411
Mai.	59.270.159	52.516.568
Juni.	78.335.159	107.698.425
Juli.	16.807.538	22.915.851
Aug.	32.963.468	37.593.175
Sep.	30.119.536	37.996.155
Okt.	49.164.336	85.852.766

Kassenstand des Schatzamtes (in Mio. \$)			
	Okt.'97	Okt.'98	Ok.98-Ok.97
1) Laufende Einnahmen	1.350,5	1.486,1	135,6
2) Laufende Ausgaben	1.492,5	1.690,7	198,2
3) Ergebnis (1-2)	-142,0	-204,6	-62,6
4) Kapitalerträge	1,2	80,0	78,8
5) Kapitalausgaben	89,2	85,6	-3,6
6) Gesamteinnahmen (1+4)	1.351,7	1.566,1	214,4
7) Gesamtausgaben (2+5)	1.581,7	1.776,3	194,6
8) Ergebnis ohne Provinzrentenk. (6-7)	-230,0	-210,2	19,8
9) Ergebnis der Provinzrentenkassen	-113,0	-99,8	13,2

Quelle: Schatzamt

PREISENTWICKLUNG											
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II. gegenüber Vorjahr											
Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten		
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich				
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	
1997											
August	0,2	0,8	0,6	0,5	-0,5	-0,8	3,5	-4,7	0,3	0,9	
September	0,0	0,6	0,0	-0,5	-0,7	-1,5	0,6	-4,3	0,2	1,4	
Oktober	-0,2	-0,1	0,0	-0,8	0,0	-1,2	0,3	3,3	-0,1	1,9	
November	-0,2	-0,1	0,0	-0,4	0,0	-1,2	0,4	8,2	-0,1	1,5	
Dezember	0,2	0,3	-0,6	-1,0	0,0	-1,2	-0,5	8,9	-0,1	1,5	
1998											
Januar	0,6	0,5	-1,3	-2,3	0,0	-1,2	-4,6	6,0	-0,6	0,5	
Februar	0,3	0,5	0,2	-2,2	0,0	-1,2	1,3	1,8	-0,1	0,9	
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6	
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8	
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5	
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4	
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3	
August	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2	
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	10,0	-0,2	-1,0	
Oktober	-0,4	0,9	-1,0	-5,1	0,1	0,2	-1,7	-11,7	-0,1	-0,8	

Quelle: INDEC

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank								
(in Milliarden Pesos)								
	14.9.98	18.9.98	28.9.98	05.10.98	09.10.98	19.10.98	22.10.98	2.11.98
Gold, Devisen u. Anlagen	24,14	23,95	24,32	23,51	23,77	23,70	23,83	23,03
Staatspapiere	1,43	1,53	1,56	1,48	1,47	1,49	1,60	1,66
Internat. Reserven ZB	25,57	25,48	25,88	24,99	25,24	25,19	25,43	24,69
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,10	7,04	6,85	7,71	7,45	6,96	6,81	7,25
Währungsreserven des Finanzsystems	32,67	35,52	32,74	32,70	32,69	32,16	32,24	31,94
Notenumlauf	15,15	14,68	14,28	14,85	15,10	14,55	14,26	14,50
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,04	0,01	0,02	0,03	0,06	0,05	0,02
Monetäre Passiven	15,18	14,72	14,28	14,87	15,13	14,61	14,30	14,52
Nettosaldo Swaps	8,68	8,91	9,70	8,24	8,21	8,63	9,17	8,37
Depositen der Regierung	0,64	0,55	0,94	0,24	0,29	0,36	0,30	0,52
Finanzpassiven	23,86	23,63	23,98	23,11	23,34	23,24	23,47	22,90

Quelle: Zentralbank